

GENOSSENSCHAFTLICHE *POSITIONEN* ZUR LANDTAGSWAHL *2021*

Fördern · Sichern · Weiterentwickeln · Gestalten



INHALT



GENOSSENSCHAFTLICHE POSITIONEN IM ÜBERBLICK

4–5



GENOSSENSCHAFTLICHE RECHTS- UND UNTERNEHMENS- FORM FÖRDERN

6–7



ZUVERLÄSSIGE MITTELSTANDS- FINANZIERUNG ALS BEITRAG ZUR WIRTSCHAFTLICHEN STABILITÄT SICHERN

8–9



LANDWIRTSCHAFT GENOSSENSCHAFTLICH WEITERENTWICKELN

10–13



KOOPERATIVES WIRTSCHAFTEN VOR ORT GESTALTEN

14–19

**Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e.V.**
Heilbronner Straße 41 | 70191 Stuttgart

Ansprechpartner

Anja Roth
Bereichsleiterin Interessenvertretung
Fon 0711 22213-2725
anja.roth@bwgv-info.de

Nikolas Groß
Stv. Bereichsleiter Interessenvertretung
Fachgebietskoordinator Politik
Fon 0711 22213-2602
nikolas.gross@bwgv-info.de

Newsletter

www.bwgv-info.de/newsletter

[Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [Facebook](#) | [Instagram](#)
@genobawue

Youtube

www.youtube.com/user/BWGV1



GENOSSENSCHAFTLICHE POSITIONEN IM ÜBERBLICK

Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband e.V. (BWGV) ist eine der mitgliederstärksten Wirtschaftsorganisationen im Südwesten.

Der BWGV repräsentiert rund 800 mittelständische Unternehmen aus mehr als 50 Branchen, die alle einen gemeinsamen Nenner haben: die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG). Die Mitgliedsgenossenschaften des BWGV werden von insgesamt mehr als 3,95 Millionen Menschen, also jedem dritten Einwohner Baden-Württembergs, als Einzelmitglieder getragen. Sie sind die Eigentümer der Genossenschaften und in ihrem Dienst steht die Genossenschaftsorganisation. Nicht ohne Grund lautet die Vision des BWGV: „Genossenschaftliche Vielfalt stärkt unser Land. Der BWGV“.

GENOSSENSCHAFTLICHE RECHTS- UND UNTERNEHMENSFORM FÖRDERN

Das Genossenschaftswesen ist eine wichtige Säule des Gemeinwesens in unserem Land. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie die Menschen vor Ort ist das Prinzip der genossenschaftlichen Selbsthilfe ein essentieller Teil des Erfolgs. Kooperative Ansätze bieten teilhabeorientierte, wirtschaftlich tragfähige und nachhaltige Lösungen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen. Mit Genos-

schaften können u.a. für Freiberufler, Selbständige und KMU Synergien bei gleichzeitigem Erhalt der Selbständigkeit geschaffen und Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger gesichert werden. Um die Rechts- und Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft in unserem Land weiter zu stärken, ist eine umfassende Förderung des Genossenschaftswesens erstrebenswert.

ZUVERLÄSSIGE MITTELSTANDS-FINANZIERUNG ALS BEITRAG ZUR WIRTSCHAFTLICHEN STABILITÄT SICHERN

Wie bereits in der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise 2008 leisten die regional verankerten Volksbanken und Raiffeisenbanken auch heute ihren Beitrag zur langfristigen Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie – ganz besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Um das für die mittelständische Wirtschaft in Baden-Württemberg so wichtige dreigliedrige Bankensystem auch in der Zukunft

Genossenschaftliche Vielfalt stärkt unser Land. Der BWGV.

erhalten zu können, müssen Regelungen im Bereich der Bankregulatorik konsequent proportional und differenziert an der Größe und dem Geschäftsmodell der Banken ausgerichtet werden. Nur so kann die einlagenfinanzierte Kreditvergabe an den Mittelstand durch die genossenschaftlichen Kreditinstitute auch für die Zukunft gesichert werden. Das stärkt besonders die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land. Dafür sollte sich das Land weiterhin einsetzen.

LANDWIRTSCHAFT GENOSSENSCHAFTLICH WEITERENTWICKELN

Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg unterliegt einem enormen Strukturwandel. Kooperationen sowie neue zukunftsweisende Ideen sind notwendiger denn je, um der immer größer werdenden Anzahl von Betriebsaufgaben entgegenzuwirken. Genossenschaftliche Kooperationen leisten auch zukünftig einen äußerst wichtigen Beitrag für den Erhalt der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Strukturen in unserem Land und deren nachhaltigen Aufstellung im Bereich Arten- und Klimaschutz. Um den nachhaltigen Erfolg der Landwirtschaft in Baden-Württemberg sicherzustellen, muss den strukturellen Herausforderungen mit einem umfassenden Strukturprojekt für den Agrarsektor begegnet werden. Besonderes Augenmerk sollte im Rahmen eines solchen Projekts auf die Verbesserung der regionalen, nationalen und internationalen Vermarktung gelegt werden.

KOOPERATIVES WIRTSCHAFTEN VOR ORT GESTALTEN

Durch die Berücksichtigung typischer genossenschaftlicher Werte, wie Nachhaltigkeit, Solidarität und regionaler Partizipation, tragen genossenschaftlich organisierte Projekte zur Sicherstellung lebenswerter ländlicher Räume und (Stadt-)Regionen bei. Als regionale Kooperationen fördern Genossenschaften eine ganzheitliche Quartiersentwicklung, eine solide Finanzierung und die Beteiligung von Akteuren vor Ort. Im Fokus stehen Aspekte wie Kinderbetreuung, ärztliche und pflegerische Angebote, eine attraktive Nah-

3,95
Millionen

Einzelmitglieder



800

mittelständische Unternehmen



50

Branchen

versorgung, kulturelle Angebote sowie eine gute Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr, um die strukturellen Voraussetzungen zu schaffen, welche das Lebens- und Wohnumfeld in den ländlichen Regionen und den städtischen Quartieren attraktiv und lebenswert mitgestalten. Diese können einzeln oder auch kombiniert in WohnenPLUS-Modellen organisiert werden. Neben all diesen Aspekten kann kooperatives Wirtschaften auch Freiberuflern, Selbständigen, kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort unter Wahrung ihrer Selbständigkeit Perspektiven bieten, die sie alleine nicht mehr hätten. ■



GENOSSENSCHAFTLICHE RECHTS- UND UNTERNEHMENSFORM FÖRDERN

In Baden-Württemberg findet sich die Rechts- und Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaften (eG) mittlerweile in mehr als 50 Branchen – von den bestens bekannten Volksbanken und Raiffeisenbanken über die Winzer- und Weingärtnergenossenschaften sowie weitere landwirtschaftliche Genossenschaften bis hin zu Genossenschaften des Handels, Handwerks und im Energiebereich. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren, unter anderem vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Anforderungen an die erweiterte Daseinsvorsorge, vermehrt Genossenschaften im Dienstleistungssektor ins Leben gerufen. Allein in Baden-Württemberg überzeugt die eingetragene Genossenschaft mittlerweile mehr als 3,95 Millionen Menschen, also mehr als jeden dritten Einwohner. Sie alle tragen die rund 800 mittelständischen Genossenschaften in unserem Land. Die eingetragene Genossenschaft verbindet die besten Eigenschaften aus Tradition und Moderne. Sie ist flexibel, ihr Einsatzgebiet ist überall dort, wo in Kooperation mehr erreicht werden kann, als einzelne Akteure alleine erreichen könnten, ganz nach der Idee des genossenschaft-

lichen Vordenkers Friedrich Wilhelm Raiffeisen: „Was den Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele.“ Daher hat die UNESCO die genossenschaftliche Idee und deren Umsetzung in der Praxis 2016 als immaterielles Weltkulturerbe ausgezeichnet.

NACHHALTIGKEIT GESELLSCHAFTLICH VERANKERN

Die Werte der genossenschaftlichen Idee und Praxis stehen wie die keiner anderen Rechts- und Unternehmensform für Nachhaltigkeit. Hilfe zur Selbsthilfe, Mitgliederförderung statt Gewinnmaximierung und die demokratische Willensbildung sind nur einige der in unseren Genossenschaften täglich gelebten Prinzipien – und das alles ohne die Wirtschaftlichkeit aus den Augen zu verlieren. Die Rechts- und Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft trägt Nachhaltigkeit damit in ihrer DNA und viele genossenschaftliche Unternehmen berichten freiwillig über ihr entsprechendes Engagement. Damit sollte diese Perspektive zukünftig zu einem Pfeiler der Nachhaltigkeitsbetrachtung in Baden-Württemberg werden.

Um dem Thema Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg eine größere Bedeutung zu geben, hat die Landesregierung den Beirat für nachhaltige Entwicklung als Beratungsgremium etabliert. Dieser sollte auch zukünftig fortgeführt und um einen Vertreter aus dem genossenschaftlichen Umfeld erweitert werden.

DIGITALISIERUNG AUSBAUEN

Auch für die Genossenschaften bedeutet die digitale Welt Herausforderung und Chance zugleich. Die Prinzipien und Werte der genossenschaftlichen Rechts- und Unternehmensform bieten den KMU auch im Bereich Digitalisierung den Nukleus für nachhaltigen Erfolg. Genossenschaften müssen die Digitalisierung nicht nur intern vorantreiben, sondern können hier häufig auch Katalysator für ihre Mitglieder sein, indem sie gerade finanzielle und bürokratische Einstiegshürden senken. Diese Möglichkeiten gilt es zukünftig noch stärker zu unterstützen und in die Beratung von KMU mitaufzunehmen. Mit der Digitalisierungsprämie wurde seitens der Landespolitik bereits ein branchenoffenes Unterstützungsangebot geschaffen, das wir sehr begrüßen. Das ist ein wichtiger und gut handhabbarer Beitrag zum digitalen Infrastruktur- und Kompetenzaufbau für den Mittelstand.

FACHKRÄFTE WEITERDENKEN

Gut qualifizierte und motivierte Fachkräfte sind die Basis wirtschaftlichen Erfolgs. Angesichts des demographischen Wandels und des bereits heute spürbaren Fachkräftemangels ist es daher besonders wichtig, junge Menschen gut auszubilden und auf den Berufseinstieg sowie ein selbständiges Leben vorzubereiten. Dies erfolgt unter Berücksichtigung von neuen bzw. zumindest weiterentwickelten Kompetenzprofilen – nicht zuletzt im digitalen Bereich.

Neben Schülergenossenschaften engagieren sich der BWGV und seine Mitglieder über die Stärkung der Finanzbildung, auch im Rahmen des Schulfachs „Wirtschaft“, und der überbetrieblichen Ausbildung. Des Weiteren ist auch eine qualitativ hochwertige und praxisnahe Weiterbildung aus Sicht der Unternehmen besonders wichtig, um auf kurzfristigen Fachkräftemangel reagieren zu können. Die Landespolitik sollte daher auch gerade im Bereich der Weiterbildung weiterhin gezielte Anreize setzen. In deren Umsetzung stehen wir mit der BWGV-Akademie als starker Partner bereit.

UNTERNEHMERTUM DURCH SCHÜLERGENOSSENSCHAFTEN STÄRKEN

Seit 2012 hat sich das Konzept der Schülergenossenschaft (eSG) in Baden-Württemberg etabliert. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau wurden in den vergangenen Jahren rund 30 von Schülerinnen und Schülern in Eigenverantwortung geführte Schülerfirmen in der genossenschaftlichen Rechts- und Unternehmensform gegründet. Die eSG werden wie echte Unternehmen geführt und bleiben nachhaltig über die Schuljahre hinweg bestehen. Ein Unterschied besteht rein in der Eintragung, die nicht im Genossenschaftsregister, sondern in einem speziell vom BWGV betreuten Schülergenossenschaftsregister erfolgt. Schüler entwickeln dafür eine Geschäftsidee, einen entsprechenden Businessplan und eine Satzung. Die eSG benötigt einen Vorstand, einen Aufsichtsrat und eine Generalversammlung. Auch bei der Mitgliedschaft in der eSG gelten die üblichen Regelungen. Unterstützt werden die Schülergenossenschaften immer durch eine Partnergenossenschaft vor Ort. Schülergenossenschaften sind das beste Mittel, um aus der Praxis heraus die eG sowie darüber hinaus Unternehmertum per se kennen zu lernen. Daher sollte die Landespolitik das Prinzip der Schülergenossenschaft auch in der kommenden Legislaturperiode weiter unterstützen und auch für Lehrer entsprechende Deputate, wie dies auch in anderen Bundesländern teils schon praktiziert wird, einräumen. ■

Die eingetragene Genossenschaft verbindet die besten Eigenschaften aus Tradition und Moderne.



ZUVERLÄSSIGE MITTELSTANDS-FINANZIERUNG ALS BEITRAG ZUR WIRTSCHAFTLICHEN STABILITÄT SICHERN

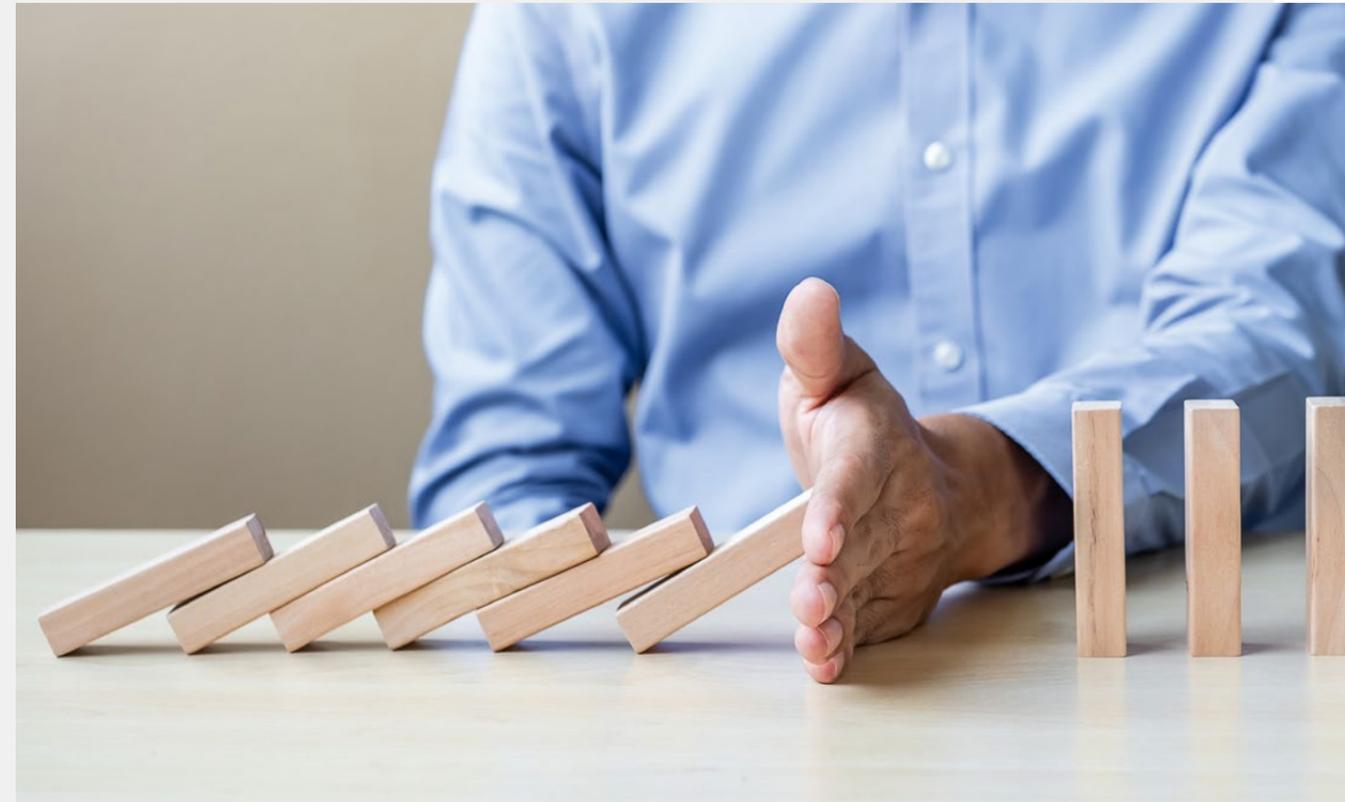
Rund 160 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg werden seit Generationen ihrer realwirtschaftlichen Verantwortung gerecht und sind – gerade auch in Zeiten der Krise – eine zentrale Stütze für die mittelständische Wirtschaft in Baden-Württemberg. Seit der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise 2008 legt die Zahl der Mitglieder der genossenschaftlichen Bankinstitute kontinuierlich zu. Mittlerweile sind mehr als 3,7 Millionen Kunden gleichzeitig auch Mitglied ihrer Genossenschaftsbank.

Die Kredite der Genossenschaftsbanken an Unternehmen lagen 2019 bei rund 44,4 Milliarden Euro, an Privatpersonen bei rund 61,7 Milliarden Euro. Das betreute Kundenkreditvolumen lag 2019 bei 129,3 Milliarden Euro. Auch davon abgesehen stellen die genossenschaftlichen Kreditinstitute eine enorme Wertschöpfung für die jeweilige Region dar. Neben den Steuerzahlungen der Volksbanken und Raiffeisenbanken an Bund, Land und Gemeinden im Umfang von rund 365 Millionen Euro fließen allein im Südwesten rund 1,3 Milliarden Euro an Löhnen und Gehäl-

tern an die 21.300 Mitarbeiter der Institute. Diese bezahlen jährlich 318 Millionen Euro an Steuern und verfügen über eine Kaufkraft von 690 Millionen Euro, die zum großen Teil direkt in die Region zurückfließen. Ebenfalls in die Regionen gehen 307 Millionen Euro, die die Banken jährlich in Erhalt und Ausbau ihrer Geschäftsstellen investieren, und 73 Millionen Euro pro Jahr an Geld- und Sachspenden für Vereine und soziale Einrichtungen.

MITTELSTANDSFINANZIERUNG SICHERN

Wie bereits in der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise 2008 leisten die regional verankerten Volksbanken und Raiffeisenbanken auch heute ihren Beitrag zur langfristigen Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie – ganz besonders für kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler und Selbständige. Die seitens der EU, des Bundes und des Landes zur Verfügung gestellten Mittel zum wirtschaftlichen Wiederanlauf müssen gezielt und mittelstandsfreundlich an die Unternehmen weitergegeben werden können. Dazu ist es notwendig, die Lehren aus der Krise zu ziehen und die Regelungen und Förderinstrumente entsprechend kontinuierlich weiterzuentwickeln und zukünftig noch passgenauer und unbürokratischer zuzuschneiden. Besonders wichtig ist in



diesem Zusammenhang die zielorientierte Aufhebung des Kumulationsverbots bestimmter Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene. Zudem benötigen die Genossenschaftsbanken auch in der Phase des Wiederanlaufs ausreichend Möglichkeiten zur Kreditvergabe. Im Sinne der mittelständischen Unternehmen und der Wirksamkeit der Konjunkturprogramme müssen im Rahmen der Regulatorik Spielräume für die zusätzliche Kreditvergabe geschaffen werden. Die in der Corona-Krise etablierte enge Abstimmung sowie schnelle Entscheidungsfindung und Umsetzung gilt es seitens der Landesregierung mit den relevanten Partnern beizubehalten.

BEWÄHRTE BANKENSTRUKTUR SCHÜTZEN

Die anhaltende Niedrigzinsphase der EZB und die gestiegenen bankregulatorischen Anforderungen gefährden zunehmend die Finanzierungsfunktion der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg. Um die einlagenfinanzierte Kreditvergabe an den Mittelstand

zukünftig nicht zu schwächen, benötigen die kleineren Kreditinstitute mit einem risikoarmen Einlagen- und Kreditgeschäft Entlastungen von unverhältnismäßig hohen Anforderungen – insbesondere bei Melde- und Dokumentationspflichten. Zusätzlich wird eine europäische Einlagensicherung abgelehnt – Risiko und Haftung müssen weiterhin beachtet und die genossenschaftliche Institutssicherung erhalten bleiben. Hierfür benötigen die regionalen Genossenschaftsbanken weiterhin die starke Unterstützung des Landes im Bund und bei der Europäischen Union. ■



LANDWIRTSCHAFT GENOSSENSCHAFTLICH WEITERENTWICKELN

Nicht erst mit dem Beginn des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ und der Bauernproteste sieht sich die Landwirtschaft verschiedensten Herausforderungen gegenüber. Die gesamte Branche unterliegt – nicht nur in Baden-Württemberg – einem enormen Strukturwandel und Kooperationen sowie neue zukunftsweisende Ideen sind notwendiger denn je, um der immer größer werdenden Anzahl von Betriebsaufgaben entgegenzuwirken. Gleichzeitig sind auch die Anforderungen an die Landwirtschaft in den letzten Jahren enorm gestiegen. Neben der Hauptaufgabe der Produktion von gesunden Nahrungsmitteln zur Ernährung sind Klima- und Umweltschutz, Artenschutz und Diversität große Themenfelder, die es in die landwirtschaftliche Produktion zu integrieren gilt. Um den nachhaltigen Erfolg der Landwirtschaft in Baden-Württemberg sicherzustellen, muss den strukturellen Herausforderungen mit einem umfassenden Strukturpaket für den Agrarsektor begegnet werden.

Der BWGV vertritt rund 300 landwirtschaftliche Genossenschaften, die von knapp 100.000 landwirtschaftlichen Mitgliedsbetrieben getragen werden und die komplette Wertschöpfungskette abbilden. Die Rechts- und Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft (eG) gehört seit Generationen zum Alltag der Menschen im Agrarsektor. Genossenschaften bündeln die Kräfte ihrer Mitglieder und tragen so zum Erhalt der kleinteiligen Agrarstruktur unseres Landes bei. Damit nehmen der BWGV und seine Mitglieder eine wichtige Multiplikatorenfunktion für die Entwicklung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaft ein.

VERMARKTUNG REGIONALER, KONVENTIONELL UND BIOLOGISCH ERZEUGTER PRODUKTE STÄRKEN

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind wichtige Handels- und Vertragspartner der Landwirte – insbesondere auch bei der Vermarktung tierischer und pflanzlicher Erzeugnisse. Die Landwirte bündeln innerhalb einer Genossenschaft das Angebot landwirtschaftlicher Produkte und stärken so die Marktstellung ihrer Mitglieder gegenüber Handel und Industrie. Kooperative Ansätze ermöglichen so den Erhalt kleiner und mittlerer Betriebsstrukturen und wirken somit dem Strukturwandel in der Landwirtschaft nachhaltig entgegen.

Insbesondere die Zielsetzung 30–40 Prozent biologisch produzierter Produkte kann nur er-



Die Landwirtschaft benötigt spezielle Vermarktungsstrategien für biologische, aber auch für regionale, konventionelle Produkte. Genossenschaften unterstützen dabei.

reicht werden, wenn eine ausreichende Nachfrage zu einem für den Mehraufwand angemessenen Preis gegeben ist. Es werden daher entsprechende spezielle Vermarktungsstrategien für biologische, aber auch für regionale, konventionelle Produkte benötigt. Besonders im Bereich der Bio-Produkte ziehen die zusätzliche Erfassung, Weiterverarbeitung und Vermarktung Mehrkosten nach sich, die insbesondere aus der Produkttrennung zu konventionellen Produkten resultieren. Gleichzeitig sollte aber die Vermarktung regionaler, konventioneller und biologischer Produkte im Marketingbereich gleichgestellt werden. Entsprechende Marketingkonzepte sollten außerdem über das Gemeinschaftsmarketing hinausgehen und auch auf Unternehmensebene gefördert werden. Zudem werden die nationale und die internationale Vermarktung wichtiger und sollten explizit mit einbezogen werden. Um die Vermarktung ganzheitlich zu betrachten, sollte auch die Rolle der weiterverarbeitenden Betriebe und des Handels nicht unbeachtet bleiben.

LANDWIRTSCHAFT, HANDEL UND GESELLSCHAFT VERBINDEN

Die Forderungen der Gesellschaft gegenüber der Landwirtschaft werden schärfer. Bislang überholen immer neue Forderungen die Bemühungen der Landwirtschaft, den steigenden Ansprüchen der Gesellschaft gerecht zu werden. Diese Unsicherheit erschwert es der gesamten Agrarwirtschaft Investitionen zu tätigen, die nicht bereits Monate später durch neue Anforderungen überholt sind. In Anbetracht von Investitionszyklen von bis zu 20 Jahren gilt es, gemeinsam mit der Gesellschaft robuste Nachhaltigkeitsziele zu formulieren und diese langfristig mit wirtschaftlich tragfähigen Konzepten zu flankieren. Kurzfristige Ziellanpassungen dürfen nicht zu Nachteilen für die betroffenen Betriebe führen.

Um eine den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechende und nachhaltig wettbewerbsfähige Landwirtschaft in Baden-Württemberg auch zukünftig sicherstellen zu können, benötigt unser Land einen zukunftsfähigen Gesellschaftsvertrag zwischen der Gesellschaft und ihren Landwirten als substanziellen Teil dieser Gesellschaft. Gleichzeitig muss die Mehrleistung der Landwirtschaft für Arten-, Klima- und Umweltschutz auch seitens des Handels stärker honoriert und den Landwirten ein fairer Lebensstandard garantiert werden. Das Beispiel Österreich zeigt, wie ein solcher Fairnesspakt zwischen Lebensmittelhandel und der Landwirtschaft auch für Baden-Württemberg gestaltet werden könnte.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT, UM DEN FAKTOR ARBEIT SICHERZUSTELLEN

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Strukturwandels steigt die Arbeitsbelastung in den Familienbetrieben. Gleichzeitig herrscht, unter anderem durch die Konkurrenz wirtschaftsstarker Industrieunternehmen, ein zunehmender Mangel an externen Fach- und Hilfskräften. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollten in den kommenden Jahren auch seitens des Landes unterstützende Maßnahmen entwickelt werden, die zu einer Sicherstellung der Arbeitskraft in der Landwirtschaft nachhaltig beitragen.



POTENZIALE DER DIGITALISIERUNG NUTZEN

Die Digitalisierung in der Landwirtschaft birgt nicht nur Potenziale im Sinne von Effizienzsteigerungen in der Lebensmittelproduktion, sondern auch in Hinblick auf Kostensenkung und nachhaltige Landbewirtschaftung, da sich durch die Präzisionstechnik etwa Pflanzenschutzmittel viel genauer einsetzen lassen. Oft rechnen sich die Investitionen in die Digitalisierung jedoch erst ab einer bestimmten Betriebsgröße. Genossenschaften und weitere Erzeugerorganisationen sollten daher bei Förderprogrammen für die Verbreitung des digitalen Fortschritts in die rela-

tiv klein strukturierten Landwirtschaftsbetriebe in Baden-Württemberg miteinbezogen werden. Zudem sollte ein spezifisches Förderprogramm die Digitalisierung der gesamten Wertschöpfungskette – über die Primärebene hinaus – vorantreiben. Nur so kann sich die Digitalisierung der Agrarwirtschaft umfassend positiv auf die Wertschöpfung auswirken.

AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS DURCH FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG MINIMIEREN

Der Klimawandel ist längst in der Landwirtschaft angekommen. Es treten neue Krankheiten, Schädlinge und Resistenzen auf. Zudem kommt es vermehrt zu Ertragsausfällen durch Unwetter und Dürre. Der Landwirtschaft muss das notwendige Rüstzeug zur Hand gegeben werden, um auf die sich verändernden Umweltbedingungen angemessen reagieren zu können. Die praxisnahe Forschung und Entwicklung neuer Sorten, umweltverträglicher Pflanzenschutzmittel, Prüfverfahren, aber auch die Entwicklung von entsprechenden Vermarktungsstrukturen werden einen wichtigen Teil zur Erreichung der Arten-, Klima- und Umweltschutzziele beitragen. Daher sollte das Land zukünftig noch stärker als bisher in diesen Bereich investieren. ■

Fairnesspakt zwischen Lebensmittelhandel und der Landwirtschaft auch für Baden-Württemberg.



KOOPERATIVES WIRTSCHAFTEN VOR ORT GESTALTEN

Neben den Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie den landwirtschaftlichen Genossenschaften sind über 300 weitere, überwiegend kleine und mittlere Unternehmen in Baden-Württemberg als eingetragene Genossenschaft im BWGV organisiert. Derzeit sind weit über 70.000 Einzelpersonen, Unternehmen oder Kommunen Mitglied einer Genossenschaft im gewerblichen Bereich. Die gewerblichen Genossenschaften bilden mehr als 50 Branchen ab und decken damit fast die gesamte wirtschaftliche Bandbreite ab – vom Kinderarzt über Handelsgenossenschaften, Kooperationen aus dem Handwerk, Handel, Energiegenossenschaften und Dorfläden, Dorfgasthäuser bis hin zu Kaminbauern, Softwareschmieden und Beratern.

UNTERNEHMENSNACHFOLGE SICHERN UND AUF MEHRERE SCHULTERN VERTEILEN

Verschiedene Studien zur Betriebsnachfolge zeigen den steigenden Druck für alternative Übernahmekonzepte. Die Rechts- und Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft eG bietet einen zukunftsfähigen Lösungsansatz. Die Unternehmensübergabe im Rahmen einer Ge-

nossenschaftsgründung folgt dabei den üblichen Vorgaben des Genossenschaftsgesetzes: mindestens drei Personen übernehmen das Unternehmen und zeichnen sich gemeinsam für dessen Erfolg verantwortlich. Die Finanzierung des Kaufpreises bei der Übergabe wird durch die Verteilung auf mehrere Schultern für die potentiellen Gründungsmitglieder deutlich leichter realisierbar. Unter der Prämisse einer zeitlich definierten Teilhabe des bisherigen Eigners am Umsatz des Unternehmens besteht zudem die Möglichkeit, einen vergleichsweise geringen, einmaligen Kaufpreis zu vereinbaren. Auch in sozialer Hinsicht bietet die genossenschaftlich geregelte Unternehmensnachfolge Vorzüge. So kann der bisherigen Unternehmensführung die Chance eines

Die Unternehmensnachfolge in Form einer Genossenschaft verteilt die Verantwortung auf mehrere Schultern.

schrittweisen Rückzugs eröffnet werden, beispielsweise als Mitglied des Aufsichtsrats der eG oder als Berater für das Unternehmen in einem Angestelltenverhältnis. Auch für die neuen Unternehmer bringt diese Herangehensweise Vorteile mit sich. So bietet zum einen die Auszahlung einer zeitlich befristeten Dividende an den bisherigen Eigentümer als Teil der Ablösesumme mehr Flexibilität im Hinblick auf die Liquidität zum Übernahmzeitpunkt und zum anderen kann vom Erfahrungsschatz des ehemaligen Geschäftsführers profitiert werden. Und letztlich ist natürlich der Erhalt der eigenen Arbeitsplätze als wichtiger, positiver Aspekt anzuführen.

Der Fortbestand mittelständischer Unternehmen durch genossenschaftliche Unternehmensnachfolge sollte in Zukunft von politischer Seite noch stärker unterstützt werden. Denn Genossenschaften sind aufgrund ihrer nachhaltigen und langfristig angelegten Ausrichtung wertvoll für die Stabilität der Wirtschaft. Konkrete Maßnahmen der Politik, um diese positive Entwicklung weiter zu unterstützen, sind unter anderem eine stärkere Integration der eG in die Gründungs- beziehungsweise Nachfolgeinformationen und die staatliche Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung im Rahmen von Unternehmensnachfolgen.

DATEN- UND PLATTFORMÖKONOMIE INKLUSIVE BLOCKCHAIN-BASIERTER ANSÄTZE KOOPERATIV ORGANISIEREN

Genossenschaften bieten im Rahmen der Daten- und Plattformökonomie kleinen und mittleren, aber auch großen Unternehmen die Möglichkeit der zielgerichteten, verbindlichen und selbstbestimmten Zusammenarbeit ohne die rechtliche Selbstständigkeit aufzugeben. Zudem ermöglichen sie ein erfolgreiches Zusammenspiel zwischen ökonomischer Produktion, menschlicher Beziehungen und sozialer Eingebundenheit in der Digitalwirtschaft. Plattformgenossenschaften bieten dabei Personen und Unternehmen den Vorteil der kollektiven Eigentümerschaft. Damit können sie deren Anwendung und Verbreitung nach den demokratischen Grundsätzen von Genossenschaften selbst steuern und kon-

trollieren. Die Organisation über Genossenschaften bietet dabei die Möglichkeit, die Software genau auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder auszurichten.

Seit Juni 2020 fördert das Land ein gemeinsames Pilotprojekt des Ferdinand-Steinbeis-Instituts, der Universität Stuttgart und des BWGV zum Thema Datengenossenschaften. Bis Dezember 2021 erforschen die Projektpartner die technischen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen zur Etablierung von Datengenossenschaften. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen soll im Rahmen des Förderprojekts die Wertschöpfung durch die Nutzung von Daten zugänglich gemacht werden. Dazu werden drei Pilotgenossenschaften gegründet. Die genossenschaftliche Rechts- und Unternehmensform lässt sich auch im Bereich der Daten- und Plattformökonomie flexibel einsetzen und bietet damit die optimale Voraussetzung für eine nachhaltige und wirtschaftlich erfolgreiche Kooperation. Daher sollte die Gründung von Daten- und Plattformgenossenschaften auch über das Jahr 2021 seitens der Landespolitik besonders unterstützt werden. Nur so können die Erkenntnisse des derzeitigen Pilotprojekts ihre Wirkung über alle Branchen hinweg entfalten.

Auch für Geschäftsmodelle im Bereich Blockchain könnte ein entsprechendes Förderprojekt dabei helfen, die besondere Eignung der eingetragenen Genossenschaft aufzuzeigen und so weiterzuentwickeln, dass ein gesamtwirtschaftlicher Nutzen für Baden-Württemberg entstehen kann. Eine mögliche Innovationsstrategie ist der Aufbau eines genossenschaftlichen Ökosystems u. a. auch zur Prozessoptimierung für die Industrie in Baden-Württemberg. Würde derartiges als Aktiengesellschaft erschaffen, wäre eine feindliche (internationale) Übernahme im Erfolgsfall schon genetisch impliziert. Für solche zukunfts-trächtigen Kooperationen, die dem Standort Baden-Württemberg nachhaltig helfen, ist die Rechtsform der Genossenschaft geradezu ideal. Das gemeinsame Ziel der Mitglieder in Verbindung mit dem Leitgedanken der Genossenschaft wird auch hier die Basis für den Erfolg. Anders als eine Aktiengesellschaft kann diese Genos-

senschaft dann nicht feindlich übernommen werden. Neben der genossenschaftlichen Vernetzung der gesamten Industrie in Baden-Württemberg sind insbesondere der Energie-, Pharma-/Gesundheits- und Maschinenbau-/Automotivesektor für Blockchain-basierte Projekte relevant. Der BWGV wird gerne den Weg für das neue Denken für Baden-Württemberg, Deutschland und Europa begleiten.

QUARTIERSENTWICKLUNG UND DASEINSVORSORGE GENOSSENSCHAFTLICH GESTALTEN

Das aktuelle Lebensumfeld verlangt nach neuen Formen des Wohnens und des Zusammenlebens. Der demographische Wandel und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind entscheidende Faktoren, etwa im Hinblick auf den steigenden Bedarf an professionellen Pflegekräften. Eine weitere Herausforderung ist der oftmals durch unumgängliche Sparmaßnahmen verursachte Wegfall von Einrichtungen der Grundversorgung und Daseinsvorsorge – insbesondere im ländlichen Raum. Vielerorts sind deshalb in einer Kooperation aus Bürgern und Kommunen, Vereinen und Stiftungen sowie Unternehmen Solidargemeinschaften, etwa in Form von Genossenschaften, entstanden, die das Ziel einer erweiterten Daseinsvorsorge verfolgen. Diese umfasst unter anderem die Bereiche der lokalen Nahversorgung, Betreuung von Kindern und Senioren, kulturelle Einrichtungen, Energieversorgung samt Mobilitätsangeboten oder auch die ärztliche und pflegerische Grundversorgung sowie neue Arbeitsformen wie Co-Working-Spaces. Bedarfsgerecht können einzelne Elemente genossenschaftlich vor Ort realisiert werden oder vielerlei Dienstleistungen, die sich um das Wohnen gruppieren und dies häufig integrieren als neue „WohnenPLUS“-Modelle entstehen.

Genossenschaftliche, durch Kooperation getriebene Modelle zur Quartiersentwicklung und der erweiterten Daseinsvorsorge sind also eine echte Alternative und stärken eine ganzheitliche, über das einzelne Objekt hinausgehende Perspektive. Gerade auch die gleichberechtigte

Integration aller relevanten Akteure bietet neue Möglichkeiten, die Mehrwerte für die Beteiligten und weit darüber hinaus schaffen können. Das hat auch die Landesregierung erkannt und fördert die Weiterentwicklung der genossenschaftlich getragenen Quartiersentwicklung im Rahmen eines bis Ende 2021 andauernden Projekts innerhalb der Strategie „Quartier 2020 – Gemeinsam. Gestalten.“. Um das Potenzial der genossenschaftlichen Idee und Praxis im Bereich der Quartiersentwicklung und der erweiterten Daseinsvorsorge auch in der kommenden Legislaturperiode weiter ausschöpfen zu können, wäre eine weiterführende Förderung auch über das Jahr 2021 hinaus besonders wünschenswert. Gleichzeitig sollte das Land in den Landkreisen, Städten, Gemeinden und Kommunen zukünftig noch stärker aktiv für die Potenziale von eingetragenen Genossenschaften im Bereich der Quartiersentwicklung und der Daseinsvorsorge werben sowie selbst auch alle relevanten Ressorts hinter den entsprechenden Projekten versammeln.

Die gleichberechtigte Integration aller relevanten Akteure bietet neue Möglichkeiten, die Mehrwerte für die Beteiligten und weit darüber hinaus schaffen können.

GENOSSENSCHAFTLICHE ÄRZTEVERSORGUNG WEITERENTWICKELN

Seit 2018 führt der BWGV in Kooperation mit dem Gemeindetag und dem Hausärzterverband ein Modellprojekt zur genossenschaftlichen Hausarztversorgung durch. Dieses Pilotprojekt ermöglicht Ärzten – vor allem auch jungen Ärzten, Teilzeit-Ärzten sowie Ärzten in Elternzeit – ein Praktizieren in Angestelltenverhältnissen sowie den aktiven Austausch mit Kollegen. Dies ist eine Alternative zu bisherigen Praxisgemeinschaften und Praxismodellen. Zudem ermöglicht es Bürgern, Vereinen und Unternehmen sich aktiv einzubringen, um mit den Kommunen einen Beitrag zur erweiterten Infrastruktur vor Ort zu leisten. Derzeit läuft die zweite Förderphase, die dazu dient, die Modelle in der Praxis zu erproben.

Um die Möglichkeiten genossenschaftlicher Modelle in der Ärzteversorgung – insbesondere im ländlichen Raum – einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sollte dieses Projekt auch in der kommenden Legislaturperiode weiter fortgeführt und in die Breite getragen werden.

DEZENTRALE ENERGIEVERSORGUNG AUSBAUEN – FOKUS AUF BETEILIGUNG, PHOTOVOLTAIK, WÄRME UND WIND

Der Klimaschutz hat sich zu einem der dringlichsten politischen Handlungsfelder entwickelt. Das Land Baden-Württemberg hat bislang nicht einmal die Hälfte der selbst gesteckten Ziele erreicht. Neben den Emissionen aus dem Verkehr hat das Land insbesondere mit den unzureichenden Vorgaben auf Bundesebene zu kämpfen. Hier sollte sich die Landespolitik für die weitere Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen stark machen. In diesem Zusammenhang besonders wichtig ist für Bürgerenergieprojekte Planungssicherheit, da dort keine Streuung auf mehrere Projekte möglich ist und die Projekte vor Ort begrenzt sind. Zudem muss der Eigenverbrauch gefördert werden. Die Landesregierung sollte sich zukünftig noch stärker für tragfähige Mitgliederversorgungsmodelle, die nach EU-Recht vorgegeben sind, einsetzen.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung von



weiteren Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien fordern wir die genossenschaftliche Bürger- und Unternehmensbeteiligung. Dabei müssen die Bürger und Unternehmen vor Ort profitieren, wenn Projekte in ihrer unmittelbaren Umgebung umgesetzt werden. Das gleiche gilt auch für das regionale Handwerk und andere mehr, sodass bei der Umsetzung generell die Wertschöpfung in der Region bleibt. Auch die Vergabe von Landesflächen sollte demnach nach Kriterien der Beteiligung vergeben werden. Die Beteiligung vor Ort hat sich als Grundpfeiler der Energiewende bewiesen. Um die wichtige Rolle der Energiegenossenschaften zu erhalten, weiterzuentwickeln und zu professionalisieren, benötigen sie weitere Unterstützungsprogramme auf Landes- und Bundesebene.

Die Verpflichtung von Photovoltaik (PV) auf Neubauten im gewerblichen Bereich unterstützen wir sehr. Analog dazu sollte die Landespolitik auch PV-Anlagen auf Wohngebäuden fördern. Generell gibt es für die Installation von PV-Anlagen zahlreiche gut geeignete Partner, wie zum Beispiel Energiegenossenschaften, die bei der Umsetzung dieser Maßnahmen unterstützen können. Auch mit den entsprechenden Finanzierungspartnern im Hintergrund, wie zum

Beispiel den Volksbanken und Raiffeisenbanken, wäre es für viele private Bauherren möglich, entsprechende PV-Anlagen auf Wohngebäuden umzusetzen. Städte und Gemeinden können und müssen die Einführung einer Solarpflicht für neue Wohngebäude bislang selbst regeln. Mit der Verankerung einer Förderung in der Landesgesetzgebung würde die Umsetzungswahrscheinlichkeit erhöht und der Einsatz vereinfacht und vor allem einheitlicher geregelt.

Der BWGV unterstützt die Einrichtung des Instrumentes einer kommunalen Wärmeplanung. Generell sollte in allen Gemeinden und Städten ein entsprechendes Wärmeversorgungskonzept geprüft werden. Von Seiten der Bundesregierung stehen hierfür bereits zahlreiche Fördermittel zur Verfügung, sodass auch kleinere Gemeinden ein entsprechendes Quartiers(wärme-)konzept erstellen können. Wichtig ist nach der Erstellung der entsprechenden Wärmeplanung auch die konkrete Umsetzung. Entwickelte Pläne sollten nicht einfach in der Schub-

lade verschwinden, sondern darauf basierend sind konkrete Projekte umzusetzen. Hemmnisse, wie bestehende Gasnetze oder Konzessionsverträge, dürfen bei der Investitionsentscheidung in ein nachhaltiges Wärmenetz mit Erneuerbaren Energien keine aufschiebende Wirkung haben. Schon in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass gerade bürgergetragene Wärmenetze hier eine entscheidende Rolle spielen können. Hierfür fordern wir weiter die Unterstützung der Landespolitik sowie die Beibehaltung des Förderprogramms für effiziente Wärmenetze.

Im Bereich der Windenergie sollte die Landespolitik von der im neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz festgelegten Länderöffnungsklausel und der damit verbundenen Festlegung eines Mindestabstands bei Windkraftanlagen absehen.

MOBILITÄT GEMEINSAM SICHERSTELLEN

Der Bedarf nach zusätzlichen, flexiblen Mobilitätsangeboten, insbesondere im ländlichen Raum, ist groß. Genossenschaftliche Mobilitätsmodelle



stellen dabei ökonomisch tragbare, ökologisch sinnvolle und sozial fördernde Lösungen zur Schließung bestehender Infrastrukturlücken in Stadt und Land dar. Diese Angebote stellen keinesfalls eine Konkurrenz, sondern viel mehr ein Ergänzungsangebot zum ÖPNV dar. Besonders beim Ausbau der Elektromobilität – etwa in enger Zusammenarbeit mit bestehenden Energiegenossenschaften –, dem Aufbau von Bürgerbussen oder dem Angebot von Bike-, Ride- sowie Car-Sharing bieten sich Genossenschaften an.

Insbesondere die Mobilität in den ländlichen Räumen ist aufgrund der flexiblen Möglichkeiten zur Einbindung von BürgerInnen, Unternehmen, Mobilitätsanbietern und Kommunen prädestiniert für genossenschaftliche Konzepte. Um erfolgsversprechende Konzepte unter Realbedingungen anwenden zu können, wäre daher ein Förderprojekt der Landespolitik zur Erprobung mehrerer Pilot-Genossenschaften wünschenswert.

KOOPERATIV ORGANISIERTEN HANDEL STÄRKEN

Der Strukturwandel im Einzelhandel wird durch die Folgen der Corona-Pandemie erheblich beschleunigt. Der Online-Handel gewinnt weitere Marktanteile. Um die Innenstädte besonders kleiner und mittelgroßer Städte attraktiv zu halten und die Nahversorgung sicherzustellen, sollte die Landespolitik den Strukturwandel im Einzelhandel angemessen unterstützen. Dazu gehört auch der Ausbau und die Fortführung des Dialogprojekts „Handel 2030“ mit all seinen Facetten über das Jahr 2021 hinaus.

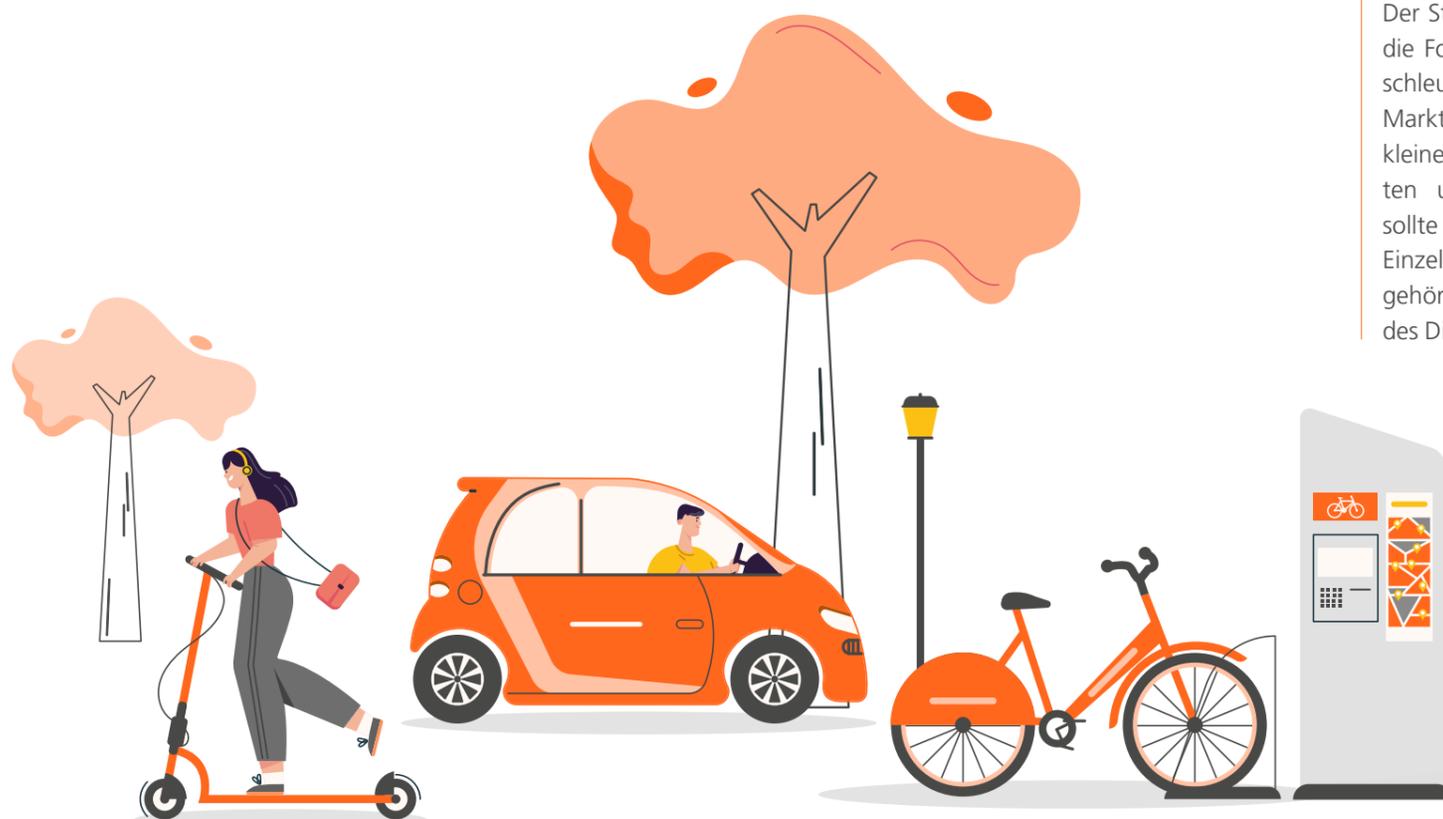
Zudem sollte die Landespolitik die Gründung von Genossenschaften im Bereich Handel zukünftig noch gezielter unterstützen. Handelsunternehmen jeder Größe – vom Dorfladen bis hin zu Handelsketten wie Intersport und Euronics – nutzen bereits seit vielen Jahrzehnten sehr erfolgreich die Vorteile genossenschaftlicher Kooperation und steigern damit die Lebensqualität

vor Ort und die Wettbewerbsfähigkeit selbstständiger Einzelhändler entscheidend. Genossenschaften bringen traditionell sowohl im Ein- und Verkauf als auch in den Bereichen Vertrieb, Marketing sowie Fort- und Weiterbildung handfeste wirtschaftliche Vorteile. Gleichzeitig sind sie auch zur Lösung vieler Zukunftsherausforderungen im Handel – wie etwa der Digitalisierung oder des Fachkräftemangels – hervorragend geeignet.

KOOPERATIONEN IM TOURISMUS FÖRDERN

Der Tourismus gilt als Zukunftsbranche für Baden-Württemberg. Das Jahr 2019 war das neunte Rekordjahr in Folge für die Tourismusbranche in Baden-Württemberg. Gerade in ländlichen Gebieten schafft die Tourismusinfrastruktur attraktive Freizeitangebote und trägt somit zur Erhaltung der Lebensqualität bei. Die Tourismuskonzeption des Landes bietet eine gute Basis, um die von der Corona-Krise besonders schwer betroffene Branche nun schnellstmöglich wieder aufleben zu lassen.

Genossenschaften spielen für den Tourismus in Baden-Württemberg bereits heute eine große Rolle. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften wie auch Winzer- und Weingärtnergenossenschaften sind integraler Bestandteil des touristischen Angebots vor Ort, tragen zum Erhalt unserer Kulturlandschaft bei und versorgen die Gastronomie mit regionalen Produkten. Im Bereich der erweiterten Daseinsvorsorge tragen Genossenschaften zu einer attraktiven Infrastruktur bei. Aber auch darüber hinaus können Genossenschaften im Bereich Tourismus eine wesentliche Rolle spielen. Die aktive Beteiligung der Unternehmen, Bürger und Kommunen am Tourismus erhöht nicht nur die Akzeptanz von Projekten, sondern trägt auch zur Entwicklung der Infrastruktur und zur regionalen Wertschöpfung bei. Genossenschaftliche Kooperationen sind etwa in den Bereichen Destinationsmarketing, Transport, Hotellerie und Gastronomie sowie Freizeit und Kultur erfolgsversprechend. Die Landespolitik sollte daher Kooperationen im Bereich Tourismus zukünftig gezielt fördern. ■



2021



LANDTAGSWAHL



Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e. V.